

SoVD fordert umfassende Reformen für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Ungleichheit ins Lot bringen



Fotos: dasprogramm/Herbert Schlemmer

Umfassende Reformen für mehr Verteilungsgerechtigkeit hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin gefordert. Vor dem Hintergrund wachsender Armutsrisiken und falscher politischer Weichenstellungen warnte SoVD-Präsident Adolf Bauer vor einem gesellschaftlichen „Achsenbruch mit Totalschaden“. Es sei ein Armutszeugnis für ein reiches Land wie Deutschland, dass trotz des Aufschwungs acht Millionen Menschen von Hartz IV lebten und die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse ständig wachse.

SoVD-Präsident Adolf Bauer und Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung im Verband, fordern umfassende Reformen des deutschen Sozialsystems.

Die Ursache für die wachsende Schere zwischen Arm und Reich sieht der SoVD in der ungleichen Verteilung von Einkommen, den wachsenden Staatsschulden und dem Abbau von Sozialleistungen.

Ein Blick in die Statistik lässt die Kluft in der Bevölkerung deutlich werden: Das deutsche Nettoprivatvermögen beläuft sich auf rund 7,5 Billionen Euro. Von diesem Vermögen – weit mehr als die gesamte deutsche Staatsverschuldung in Höhe von knapp zwei Billionen Euro – besitzt das reichste Zehn-

tel der Gesellschaft mehr als 63 Prozent. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung teilt sich hingegen nur ein Prozent des Gesamtvermögens. Hinzu kommt: Weil Bund, Länder und Gemeinden so hoch verschuldet sind, ist eine große Zinslast entstanden. Dadurch fehlt das Geld an anderer Stelle. Wichtige Aufgaben des Staates können nicht mehr ausreichend finanziert werden. Die Folge ist vor allem ein Abbau von Sozialleistungen. So erklärt sich, dass hierzulande jeder Sechste von Armut bedroht ist, obwohl

Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt gehört.

SoVD-Präsident Adolf Bauer und Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung im Verband, zeigten mit einem Forderungspapier Wege zu einem verteilungsgerechten Sozialstaat auf. Das gemeinsam vorgestellte SoVD-Maßnahmenpaket umfasst vier konkrete Bereiche: Arbeitsmarktpolitische Reformen, Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, Verbesserung der Teilhabe von

Fortsetzung auf Seite 2

Kein Grund zum Feiern

Düstere Bilanz nach zehn Jahren Hartz-Reformen

Seite 4



Aktionstag „Umfairteilen“

Demonstrationen in vielen Städten am 29. September

Seite 7

Begleitung auch auf dem letzten Weg

SoVD setzt sich für sterbende Menschen ein

Seite 3



Hervorragende Ergebnisse

Erfolgreiche Prüfungen im Berufsbildungswerk Bremen

Seite 10



Leben für die Politik

Wolfgang Schäuble wird 70

Seite 24



Anzeige

www.menschenAb50.de

Als SoVD-Mitglied genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerechten-Risikoversicherung

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150 bis 2.000 EUR
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Finanzielle Entlastung bereits ab Pflegestufe 0
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

Haben Sie Interesse?

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen
22287 Hamburg

ERGO



Blickpunkt

Umweltverbände sprechen von „Klientelpolitik“ und von einem weiteren „Steuer-geschenk“. Gemeint sind die Entlastungen bei der Ökosteuer, von welchen rund 25 000 deutsche Konzerne auch in Zukunft profitieren werden. Per Kabinettsbeschluss hat Minister Philipp Rösler (FDP) durchgesetzt, dass die energieintensive Großindustrie bis zum Jahr 2022 größtenteils von der Stromsteuer befreit bleibt. Zur „Sicherung des Industrie-

standortes Deutschland“, argumentiert der Minister. Im Gegenzug sollen sich die Betriebe verpflichten, ihre Energieeffizienz zu verbessern – ab 2013 um jährlich 1,3 Prozent. Striktere Auflagen für die Entlastung der Großunternehmen von rund 2,3 Milliarden Euro im Jahr gibt es nicht. Unerwähnt lässt Rösler auch, dass dieses einseitig gewährte Privileg weitere Löcher in die öffentlichen Haushalte reißen wird. Und wer muss diese Löcher stopfen? Es sind

die Kleinverbraucher, die bereits jetzt unter den steigenden Strompreisen leiden. Ist es fair, wenn private Haushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen die zusätzlichen Defizite stemmen müssen, die entstehen, weil die Industrie verschont bleibt? Wohl kaum. Die Kosten der Energiewende müssen von allen geschultert werden. Auch das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Manfred Grönda
SoVD-Präsidiumsmitglied